

Thüga

Studie warnt vor Kosten der Kraftwerksreserve

[11.07.2025] Ein staatlicher Eingriff in den Strommarkt könnte die Preise in die Höhe treiben. Eine neue Studie rechnet mit bis zu neun Prozent höheren Kosten und kritisiert die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung.

Der geplante Rückgriff auf die so genannte Kraftwerksreserve zur Stabilisierung des Strompreises könnte den Markt nach Ansicht des [Energieversorgers Thüga](#) empfindlich stören. Das geht aus einer Studie hervor, die das Unternehmen jetzt in einem Webinar präsentierte. Die Untersuchung mit dem Titel „Der Einsatz der Netzreserve zur Strompreisstabilisierung – Auswirkungen auf das Stromversorgungssystem“ soll in den kommenden Tagen veröffentlicht werden.

Laut Constantin Alsheimer, dem Vorstandsvorsitzenden von Thüga, sei ein solcher Eingriff durch den Staat problematisch. Er sagte: „Ein solcher staatlicher Eingriff in den Markt schafft Unsicherheit. Er schadet Bestandskraftwerken, die sich am Markt behaupten, und hemmt den Zubau neuer Kraftwerkskapazitäten.“

Preisspitzen abfedern?

Die Kraftwerksreserve besteht aus Kraftwerken, die zwar technisch betriebsbereit, aber nicht dauerhaft am Strommarkt aktiv sind. Sie werden in der Regel nur eingesetzt, wenn das Stromnetz stark belastet ist. Die Bundesregierung prüft derzeit, ob diese Reserve künftig stärker genutzt werden kann, um Strompreisspitzen abzufedern.

Eine von Thüga beauftragte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein solcher Einsatz langfristig zu einem Verdrängungseffekt führen könne. Demnach würden neue Investitionen in den Kraftwerksbau unwirtschaftlich. In der Folge könnten die Strompreise um bis zu neun Prozent steigen. Laut Alsheimer seien auch die Betreiberinnen und Betreiber neuer Geschäftsmodelle – etwa zur Zwischenspeicherung von Strom – betroffen. Diese Konzepte setzen auf schwankende Strompreise, um bei hoher Nachfrage oder geringem Angebot gewinnbringend zu verkaufen.

Mehr CO₂?

Darüber hinaus sei mit einer zusätzlichen Belastung für das Klima zu rechnen. „Es käme der zusätzliche Ausstoß von zwei Millionen Tonnen CO₂ hinzu“, so Alsheimer. Anstatt auf kurzfristige Eingriffe zu setzen, fordert Thüga mehr Verlässlichkeit für Investitionen in neue Gaskraftwerke. Die Bundesregierung solle klare Rahmenbedingungen schaffen und weniger Detailvorgaben machen. Nur so ließen sich die Planungs- und Investitionssicherheit verbessern.

(ur)

Stichwörter: Politik, Thüga, Kraftwerksreserve, Strompreis